

# HAUS der STATISTIK ZU**sammen**KUNFT für BERLIN

Bottom-up-Urbanismus, Zusammenleben, Initiativen,  
Mietgenossenschaftspolitik, Stadt der Vielen, Berlin



(c) Raumlabor

Die Initiative *Haus der Statistik* ist bestrebt das sechs Gebäude umfassende Haus der Statistik am Alexanderplatz in Berlin als ein Zentrum für Geflüchtete, Soziales, Kunst und Kreative zu entwickeln. Das Gebäude gehört dem Bund, die anliegenden Freiflächen sind im Eigentum des Landes Berlin. Ein Verkauf des Gebäudes an das Land Berlin ist sehr wahrscheinlich. Einer Aufforderung des Berliner Finanzsenators folgend hat die Initiative ein Angebot entwickelt, welches Szenarien der Umsetzung durch eine Genossenschaft und weitere Partner darstellt. Daneben arbeitet die Initiative an dem Aufbau einer *Akademie der ZUSammenKUNFT* und hat ein Pilotprojekt in einer Notunterkunft für Flüchtlinge eingeleitet. In diesem Artikel werden sowohl stadtentwicklungspolitische Hintergründe als auch die Ziele und Praxis der Initiative und ihrer Stadtentwicklungsgenossenschaft beleuchtet.

### **Kontext I: Wenn Berlin die Stadtentwicklung neu denkt**

Seit dem Jahr 2000 wurden in Berlin Liegenschaften in öffentlichem Eigentum in so genannten *bedingungslosen Höchstpreisverfahren* verkauft, also einem Verfahren bei dem einzig und allein der höchste Preis über den Zuschlag entscheidet und seitens der öffentlichen Hand keinerlei inhaltliche Auflagen bestehen. Das Ziel: Schuldentilgung. Die Folge: Gesichtlose, mit kommerziellen Nutzungen gefüllte Gebäude prägen die Stadt – insbesondere im Zentrum. Zehn Jahre später beschloss das Abgeordnetenhaus, mit dieser Praxis zu brechen und Stadtentwicklung zu einem wichtigen Kriterium der Liegenschaftspolitik zu machen. Zeitgleich haben unterschiedlichste Initiativen mit zahlreichen Projekten bewiesen, dass eine kreative, inklusive und selbstorganisierte Stadtentwicklung möglich ist: Studentendorf, ExRotaprint, das Aufbauhaus, Spreefeld Berlin, später der Holzmarkt, die Markthalle 9 oder der Blumengroßmarkt. Die Akteure und Akteurinnen dieser neuen und neu gedachten Stadtentwicklung schlossen sich zur *Initiative StadtNeudenken* zusammen und gründeten 2012 gemeinsam mit Abgeordneten aller Parteien einen Runden Tisch zur Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik, der bis heute regelmäßig im Berliner Parlament tagt. Dieser Runde Tisch arbeitet seither Schritt für Schritt daran, einen Katalog an Qualitätskriterien umzusetzen. Mittlerweile bemühen sich Kultur-, Wohlfahrts-, Umwelt-, Sport- und Wohnungsgesellschaftsverbände gemeinsam einen *Rat für die Räume*, der die Zivilgesellschaft künftig systematisch an der Vorbereitung von Entscheidungen zu wichtigen Standortentwicklungen beteiligt, fest in politische Abläufe zu implementieren. Der neue Berliner Finanzsenator hat bereits Interesse signalisiert.

### **Kontext II: Wohnungsbau Notstandsurbanismus vs. Stadt Neu Denken**

Der Berliner Senat spricht in Zusammenhang mit der Wohnungsfrage häufig von einem Zeit- und Massenproblem, das nicht von der Hand zu weisen ist. Eine wachsende Einwohnerschaft sucht zunehmend vergeblich auf einem Wohnungsmarkt, der systematisch und fahrlässig durch ausgebliebene Bestandswahrung, zu geringen Neubau sowie einem gestiegenen Flächenverbrauch pro Person extrem ausgedünnt wurde. Ab

2012, mit einem personellen Wechsel im Senatorenamt für Stadtentwicklung, änderte sich die Berliner Stadtentwicklungspolitik in eine positive Richtung. Beispielsweise setzte sich die Erkenntnis durch, dass beim Thema kommunaler Wohnungsbau gehandelt werden muss. Es wurde ein Förderprogramm aufgelegt, für das sich zwar bislang kaum ein privater Investor begeistern konnte. Das könnte aber auch als Qualitätsmerkmal durchgehen, zumindest im Abgleich mit den unsäglichen Auswirkungen der Förderprogramme vergangener Jahrzehnte auf die Stadt, auf *sozial-versorgte* Menschen und die öffentlichen Haushalte.

Das Zeit- und Massenproblem diente der Politik bisher als praktische Begründung für zweifelhafte Unterbringungsprojekte. Dieses könnte jedoch – anders interpretiert und strategisch eingesetzt – auch wie ein Beschleuniger und Ermöglicher wirken. Die kritische Lage erzeugt ein verstärktes Bewusstsein für das Problem und ermöglicht neue Allianzen. Die Zeit ist knapp, zu viele sind unzureichend und prekär untergekommen, aber die Rahmenbedingungen für *StadtNeudenken* waren aus den oben erwähnten Gründen selten so gut wie heute.

Es liegt kein Sachzwang vor, es ist ausschließlich eine Frage des politischen Willens: Mit wem verbündet sich die Politik? Deshalb ist das Angebot für das *Haus der Statistik* als eines der Kooperation an die Stadt gemeint, an ihre BürgerInnen sowie an Politik und Verwaltung. Eine Internationale Bauausstellung (IBA) für Berlin, die in den letzten Jahren geplant wurde, aber derzeit auf Eis liegt, böte dafür ein passendes Umfeld.

Das Haus der Statistik und die Potenziale auf den zugehörigen Grundstücken sowie in der östlich angrenzenden Wohnstadt-Landschaft bieten die großartige Möglichkeit den bei Bauausstellungen üblichen Maßstab des Fallbeispiels zu verlassen: Zeit- und Massenprobleme begegnen einem Bottom-up-Prozess.

### **Die Entstehung: Von der Kunstaktion zum Großprojekt**

Alles begann mit einem Plakat. Das Netzwerk *AbBA – Allianz bedrohter Berliner Atelierhäuser* hatte im Rahmen seiner Kampagne *Hier entsteht ein Zentrum – ein Produktionszentrum für Kunst, Kultur und Soziales* das Haus der Statistik ins Auge gefasst. Mit dem seit acht Jahren leerstehenden Gebäude, das von den Eigentümern Bund und Land Berlin gemeinsam vermarktet werden sollte, konnte perfekt die Forderung von AbBA unterlegt werden, Leerstand für kulturelle und soziale Ziele zu nutzen. Im September 2015 befestigte AbBA ein 10 x 6 m großes Transparent am Haus der Statistik. Subtil als Bauschild gestaltet, forderte es Bund, Land und EU auf, die kulturelle und soziale Infrastruktur in Berlin zu sichern und auszubauen. Vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt sehr intensiven Geflüchteten-Thematik schlug AbBA vor, das Haus der Statistik als Ort für Geflüchtete, Künstler und Künstlerinnen zu nutzen. Noch in der Nacht der Plakataktion erhielt das Netzwerk die Nachricht von Mittes Bezirksbürgermeister, dass er diese Idee unterstützt. Zwei Wochen später stellte AbBA diesem eine Vision für das Haus der Statistik vor, der das heutige Programm der Initiative im Wesentlichen immer noch entspricht. Die InitiatorInnen des Projekts verabredeten, das Projekt einen Monat später der Öffentlichkeit zu präsentieren. In diesem

Monat wurde die Initiative Haus der Statistik gegründet. Neben den bei AbBA bereits aktiven Akteuren wie Harry Sachs (ZK/U – Zentrum für Kunst und Urbanistik), Florian Schmidt (Atelierbeauftragter für Berlin) und Florian Schöttle (ehemaliger Atelierbeauftragter) kamen nun die weiteren Mitglieder der Initiative dazu, das sind aktuell 13 Organisationen. Diese Kooperation, die von etablierten Stiftungen über Architekturbüros (Raumlabor Berlin, die Zusammenarbeiter), Selbsthilfeorganisationen, inklusive Geflüchteten-Projekte bis zum Atelierbeauftragten Berlins reicht, dürfte entscheidend für den Erfolg sein.

Von Beginn an bezeichnete die Initiative ihr Projekt als *Leuchtturmprojekt der anderen Art*. Dieser für neoliberale Stadtpolitik stehende Begriff soll umgedeutet werden. Im 50.000 qm großen Haus der Statistik soll ein Zentrum für Geflüchtete, Soziales, Kunst und Kreative entstehen, das für Berlin ein leuchtendes Symbol in vielfacher Hinsicht werden kann.

### **Der Anspruch: Das Recht auf Stadt wird professionell. Vier Ebenen des Projektes**

Das Konzept der Initiative macht deutlich: Hier geht es um die Etablierung eines Hubs für viele gesellschaftliche Fragen und Lösungsansätze, die jedoch nur als ein Mosaik von gemeinschaftlich und synergetisch wirkenden Projekten funktioniert. Die einfache Formel lautet: Ko-Wohnen, Ko-Arbeiten, Ko-Veranstalten. Im Haus werden ein integrativer Wohnraum mit einem hohem Anteil für Geflüchtete, Arbeitsräume für Künstler und Künstlerinnen, Raum für Bildungsprojekte und vielfältige Veranstaltungen entstehen. Für den gerade zu Tode kommerzialisierten Alexanderplatz stellt dieses Programm durch Ange-

bote zum kreativen und solidarischen Mitmachen eine wichtige Alternative dar. Kurz nach der öffentlichen Präsentation wurde im Bezirksparlament von Berlin-Mitte das Konzept der Initiative nahezu einstimmig von allen Parteien beschlossen. Im Januar traf sich diese dann mit Finanzsenator Kollatz-Ahnen (SPD), der bis dahin vorgehabt hatte, das Haus vom Bund zu kaufen, um dort Verwaltungen zu konzentrieren. Überraschend war das Ergebnis: Kollatz-Ahnen forderte die Initiative auf, plausibel zu machen, wie sie ihr Projekt mit einem privaten Partner umsetzen könnte. Bei überzeugenden Argumenten würde er das Projekt dem Bund gegenüber unterstützen. In einem Zeitraum von sechs Monaten baute die Initiative über zwei große Vernetzungsratschläge mit jeweils hunderten Teilnehmern und TeilnehmerInnen ein breites Netzwerk von UnterstützerInnen und potenziellen NutzerInnen im Haus der Statistik auf. Die Arbeit der Initiative gliederte sich sodann schnell in vier Ebenen. (1.) Die fortlaufende Projektentwicklung für eine immobilienwirtschaftlich funktionierende Nutzung des Gebäudes gemäß dem vorgeschlagenen Konzept durch die ZKB ZUSAMMENKUNFT Berlin – Genossenschaft für Stadtentwicklung. (2.) Die Gründung einer Akademie der ZUSAMMENKUNFT zur künstlerischen und diskursiven Erörterung der Schlüsselthemen des Konzeptes (Migrationsgesellschaft, Stadtentwicklung, Wohnmodelle, Bildung, Kunst, Arbeit). (3.) die Initiierung und Kuratierung eines Pilotprojektes, bei dem in einer Notunterkunft für Flüchtlinge elf Künstlerkollektive angesiedelt wurden, die zum Thema Flucht und Teilhabe arbeiten. (4.) Die Entwicklung von Kampagnenbausteinen wie Logo, Webseite, Bildsprache in Kooperation mit einer Agentur, die sich (zunächst) ehrenamtlich einbringt.



(c) Raumlabor

### Urbanismus von unten Urbane Qualität und Demokratie

Die Wohnungsfrage erlebt in wachsenden Städten eine neue Aktualität. Nachdem sie lange Zeit gespalten in mehr oder weniger sozialstaatlich administrierende Behörden und verschiedene Protest- und Bürgerinitiativen verhandelt wurde, zeigt sich neuerdings ein Urbanismus von unten, der mit teils spektakulären Projekten die Gestaltung der städtischen Gemeinschaft in die Hand nimmt. Diese Bewegung stellt die Frage nach urbaner Qualität.

Ihre selbstbewusste Haltung macht uns klar, wie verblüffend fern die Kämpfe um das Verhältnis zwischen der Gesellschaft, dem Staat und der Rolle der Menschen dem Ort des Geschehens – der Stadt – waren und diese weitgehend ausklammerten. Ob Klassenkampf oder reformistische Sozialdemokratie, die Verfügungsgewalt über das Territorium gehörte zur Sphäre der besitzenden Macht und ihrer exekutierenden Behörden. Gefordert wurde Fürsorge, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, und dies produzierte komplizierte Sozialwohnungs- und Fördersysteme, die große Teile der städtischen Bevölkerung in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen führte. Weil dieser Wohlfahrtsstaat nicht mehr finanzierbar war, folgten die Globalisierungs- und Liberalisierungswellen der Neunziger Jahre.

Der Drache hat also zwei Köpfe: immer größere Teile unserer Städte sind in der Hand des globalisierten Finanzkapitals und die staatlich geschützten Nischen schwinden. In dieser Situation kann es eine Strategie einer gemeinwohlorientierten Ökonomie sein, den Markt auszukufen. Dies haben Genossenschaften und verantwortungsvolle Kommunen in den spekulativen Wellen des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder gemacht und genau dies könnte nun den selbstfinanzierten genossenschaftlichen

Projekten in Zürich, Berlin und anderswo gelingen, wenn Protestbewegungen den Schritt vom »Besetzen« zum »Besitzen« wagen. Während Häuserkampf lange hieß, das kapitalistische System grundsätzlich zu verwerfen, lernten die Protagonisten der neuen Projekte, dass diese Radikalität den hohen Preis der sozialpolitischen Irrelevanz, der Unsensibilität gegenüber einer vielfältigen städtischen Gemeinschaft und der Unfähigkeit, die Zukunft zu gestalten, mit sich bringt. Da helfen keine dialektischen Verrenkungen: wenn eine gut ausgebildete, junge, westeuropäische Mittelschicht ihren Häuserkampf ausficht, schwächt sie an ähnlichen Legitimationsproblemen wie die etablierte Macht. Es wird über Menschen geredet, nicht mit ihnen.

Der Abschied von parteipolitischen Programmen, dem Gezänk zwischen Klassen, die längst nur mehr ideologische Vereinfachungen sind, heißt also nicht Gleichgültigkeit, Besserwisseri oder Denkfaulheit, sondern ein Lernen an der Stadt und ihrer Vielfalt.

Dann treffen sich soziale Verantwortung, Nachhaltigkeit und Partizipation in einem postideologischen Raum, der nicht unpolitisch ist.

Es sind also nicht architektonische Konzepte, wie die Wohnung für das Existenzminimum oder der technologische Fortschritt, die uns weiterbringen, sondern wirtschaftlich solide und breit abgestützte Alternativen zu einer destruktiven Immobilien- und Finanzwirtschaft.

Der Blick aufs Ganze klärt das Verhältnis zwischen individuellen Wünschen, die in Baugruppen häufig die Projekte kleine machen, und gemeinsamen Zielen. Es sind – dies bleibt vorerst Hoffnung – neue Modelle einer selbstbewussten Gestaltung der dichten europäischen Stadt durch ihre Menschen, die eine klaffende Lücke der Demokratie füllen und die uns schlussendlich gemeinsam urbanen Raum, über den wir verfügen, schaffen lassen.

### Die Rolle der Stadtentwicklungsgenossenschaft ZKB ZUSAMMENKUNFT Berlin

Vor gut drei Jahren entstand die Entwicklungsgenossenschaft *Tempelhofer Feld*, also reichlich vor dem Volksentscheid zum Tempelhofer Feld.<sup>1</sup> Anlass der Gründung war der verbreitete, nicht mehr zu leugnende Frust über die Ergebnisse der laufenden Planungs- und Beteiligungsprozesse in Berlin. Die Stadtverwaltung hatte diese mit großem Aufwand betrieben, die BürgerInnen waren trotzdem unzufrieden bis fassungslos, allein das waren zwei komplementäre Gründe für das sich hochschaukelnde gegenseitige Unverständnis. Aus der ungleichen Verteilung von Macht- bzw. Entscheidungsbefugnissen resultierten in der Folge unkluge Strategien und Entscheidungen und wie so oft Wut und Widerständigkeit bei denen, die letztlich nichts zu entscheiden hatten. Die These der InitiatorInnen, GründerInnen und

BetreiberInnen der Entwicklungsgenossenschaft war, dass sich alle Interessenvertreter in der Genossenschaft mit gleichen Rechten und dem Ziel versammeln, um – eingangs ergebnisoffen – ein Stück nachhaltige Stadt zu entwickeln. Designierte TeilnehmerInnen waren in einer ersten Phase VertreterInnen der Initiativen vom Tempelhofer Feld und AkteurInnen aus der Nachbarschaft, dem Thema nahestehende Initiativen, Verbände sowie RepräsentantInnen aus Politik und Verwaltung.

<sup>1</sup> Siehe dazu den Eintrag *Volksentscheid zum Tempelhofer Feld in Berlin* bei Wikipedia.

Geplant war, dass die Genossenschaft in Anlehnung an das Baugesetzbuch für Entwicklungsträger die Aufgaben der privatrechtlich organisierten, aber zu 100% dem Land Berlin gehörenden Tempelhof Projekt GmbH übernimmt, die bis dahin die Transformation vom Flughafen zu einem Stück Stadt versucht hatte. Diese Genossenschaft wurde im Frühjahr 2016 durch Mitglieder der Initiative für das Haus der Statistik mit Einverständnis der GründerInnen mehrheitlich übernommen und umbenannt in: ZKB ZUSammenKUNFT Berlin – Genossenschaft für Stadtentwicklung. Sie ist damit eine rechtsfähige Verhandlungspartnerin der öffentlichen Hand und kann den weiteren Projektfortgang gewährleisten. Sie wird nicht selber Projektbetreiber oder Bauträger sein. Die Genossenschaft will Projekte auf die Schiene setzen und zum nächsten Projekt weiterziehen, denn es geht ihren Mitgliedern darum Berlin breitenwirksam zu verändern. Wie die skizzierten Ziele erreicht werden und wer dort bauen wird, soll durch einen transparenten und verlässlichen Prozess gewährleistet werden; das gilt auch für die benachbarten Flächen. Die schwierigste Frage und zugleich größte Herausforderung ist die Entscheidung wer Mitglied werden kann und wie das Stimmrecht ausgestaltet ist. Eine Idee ist, dass Vertreterorganisationen von Bedarfsgruppen z.B. aus sozialem und kulturellen Feld Mitglieder der Genossenschaft werden und dieser eine Basis geben, um wichtige Entscheidungen zu treffen.

### **Ausblick I: Kooperation mit einer öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft**

*»Es gab niemals einen Gedanken,  
dessen Vater kein Wunsch war.«  
(Bertolt Brecht).*

Seit etlichen Jahren existiert in Berlin der Wunsch, dass Erfahrungen mit alternativen Strategien für Raum-, Projekt- und Stadtentwicklung öffentlich zur Verfügung gestellt und wahrgenommen werden, um drängenden und großen Aufgaben nicht scheinbar alternativlos ausgeliefert zu sein. Es geht dabei um:

- intensive Prozesse, die bessere Ergebnisse bringen;
- Rechts-, Eigentums- und Mitbestimmungsfragen, die gute Lösungen für eine möglichst lange Dauer absichern;
- präzise Bedarfsermittlungen zu heutigen und zukunfts-fähigen Wohn- und Lebensformen, die Investitionen sicher machen und gleichzeitig erlauben, abseits des Mainstream zu handeln;
- die Erfindung von *nicht-störendem Wohnen*, um der Vorstellung der gemischten Stadt nach Baunutzungsverordnung (Mischgebiet = Wohnen plus Büros als nichtstörendes Gewerbe) etwas entgegensetzen zu können und die neuen Bauten zukunftssicher zu machen;
- nicht zuletzt um eine kluge Ressourcen- und Raumorganisation für flächensparende und solidarische Nachbarschaften;
- ein Konzept, um auch *normalen* MieterInnen in jeder Hinsicht günstige Angebote machen zu können.

Der Initiative wurde unlängst von einer Berliner landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft das Angebot gemacht, das Projekt in Kooperation anzugehen. Eine Arbeitsgemeinschaft für die Entwicklung des Gesamtareals wurde bereits verabredet.

### **Ausblick II: die Akademie der ZUSammenKUNFT als Bindeglied zwischen Stadtgesellschaft, Nachbarschaft und akademischem Feld**

Die Idee der Akademie wurde auf einem Vernetzungstreffen der Initiative geboren. Zukünftig soll eine Akademie den Nutzern und Nutzerinnen des Hauses die Möglichkeit geben, sich untereinander sowie mit der Nachbarschaft, der Stadtgesellschaft und speziellen Wissens- und Praxisfeldern auszutauschen. Eine wichtige Aufgabe der Akademie ist die Beantwortung der Frage, wie sich das Haus der Statistik für die Nachbarschaft öffnen kann. Statt paternalistisch vorzugeben, welche Angebote die Nachbarschaft braucht, soll der Spieß umgedreht werden: Welche Angebote, Impulse, Aneignungen bietet die Nachbarschaft dem Haus der Statistik? Hierzu plant das Akademieteam einen Forschungsprozess mit der Nachbarschaft, auch Kindern und Jugendlichen, mit Künstlern und Partnerinnen aus dem Bildungsbereich, der zukünftige Kooperationen ermöglicht und einleitet. Eine weitere Strategie der Akademie ist die Kooperation mit Universitäten und Hochschulen in Berlin und darüber hinaus. Hierbei geht es darum, die Themen des Hauses der Statistik aus verschiedenen Perspektiven zu erforschen, institutionelle Bildungsträger in die Akademie zu involvieren, um Wissensgemeinschaften und Formen der Solidarität auch interinstitutionell zu erproben. Institutionelle Lernformate stehen in der Akademie neben selbstorganisierten. Ziel ist dabei nicht nur eine Gleichberechtigung unterschiedlicher Wissensformen, sondern auch unterschiedlicher Vermittlungsformate.

*Florian Schmidt ist Atelierbeauftragter für Berlin beim bkk Kulturwerk und Koordinator der Initiative StadtNeudenken. Er ist Sprecher der Initiative Haus der Statistik*

*Christian Schöningh ist als Projektentwickler und Architekt in Berlin aktiv. Er ist Gründungsmitglied der Initiative Haus der Statistik und Vorstand der ZKB ZUSammenKUNFT Berlin Stadtentwicklungsgenossenschaft. Weitere Informationen: [www.carpanetoschoeningh.de](http://www.carpanetoschoeningh.de) und [www.zusammenarbeiter.de](http://www.zusammenarbeiter.de).*

*Maria Munoz Duyos arbeitet zum Thema öffentlicher Raum und Nachbarschaften mit künstlerischen und planerischen Mitteln. Sie ist Mitglied des kuratorischen Teams der Akademie der ZUSammenKUNFT. Weitere Informationen: [www.urbanitas.eu](http://www.urbanitas.eu)*

*Claudia Hummel ist Lehrkraft für besondere Aufgaben am Institut für Kunst im Kontext der UdK Berlin. Schwerpunkt ihrer Arbeit sind Projekte und Untersuchungen an der Schnittstelle von Bildung, Kunst, Gesellschaft und Alltag mit dem Fokus auf Situationen der informellen, individuellen als auch gesellschaftlichen Weiterentwicklung. Sie ist Mitglied des kuratorischen Teams der Akademie der ZUSammenKUNFT.*

*Andreas Hofer ist Architekt in Zürich. Projektentwicklungstätigkeit für Genossenschaften, z.B. KraftWerk und mehr als wohnen. Unterrichts- und Vortragstätigkeit an verschiedenen Hochschulen und Kongressen und regelmäßige Publikationen zu Wohnung- und Städtebau in Fachzeitschriften.*